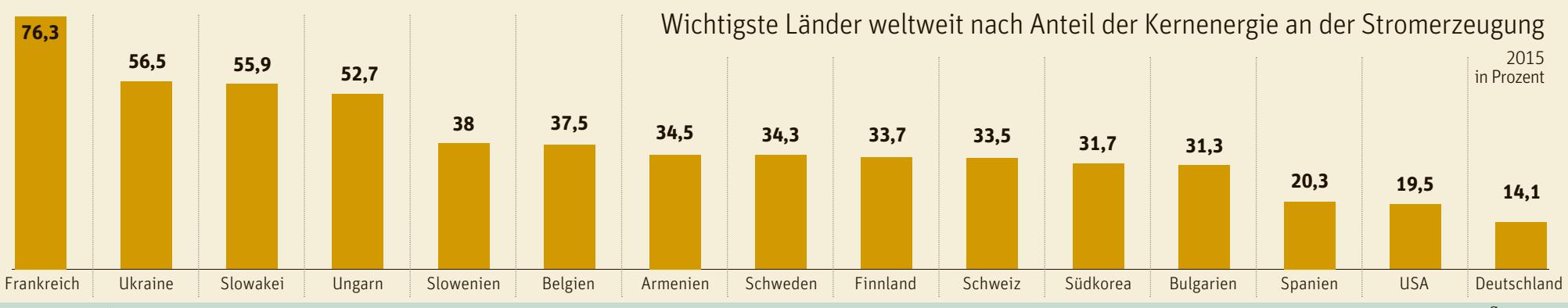
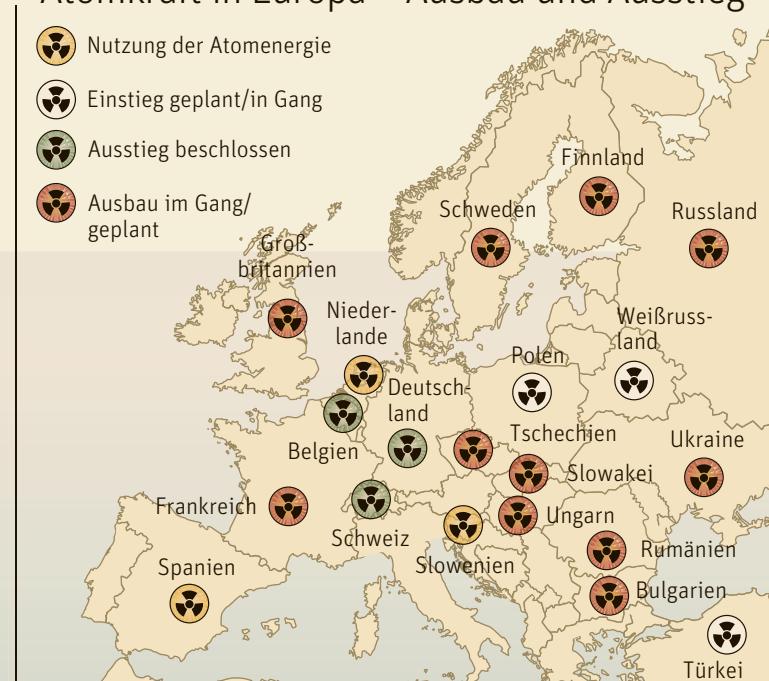


## Volksabstimmung in der Schweiz – Situation im Rest Europas

## Anzahl der betriebsfähigen Atomkraftwerke weltweit



## Atomkraft in Europa – Ausbau und Ausstieg



Quelle: Statista, APA/WNA

DER STANDARD

# Kampf der eidgenössischen Gemütlichkeit

Die Schweizer entscheiden am Sonntag darüber, wie schnell der Atomkraftausstieg erfolgen soll. Den Initiatoren des Votums geht es zu langsam, die Regierung warnt vor einem übereilten Ende. Der Ausgang ist ungewiss.

Klaus Bonanomi aus Bern

Wann sollen die Schweizer Atomkraftwerke vom Netz gehen? Darüber stimmt die Bevölkerung am Sonntag ab. Im Grundsatz ist das Ende der Kernkraft bereits beschlossene Sache – die Atomgegner wollen es aber rascher herbeiführen. Laut

jüngsten Umfragen liegen beide Seiten ungefähr gleichauf.

Die Meldung von einem neuen Erdbeben in Japan (siehe Seite 3) sorgte diese Woche auch in der Schweiz für Aufsehen. „Das ist eine Ermahnung, die Atomkatastrophe von 2011 nicht zu vergessen. Und es zeigt einmal mehr, dass es keine absolute Sicherheit

geben kann“, sagte die Vorsitzende der Schweizer Grünen, Regula Rytz, der Zeitung *Blick*.

Die Regierung hat infolge der Fukushima-Katastrophe beschlossen, mittelfristig aus der Atomkraft auszusteigen. Konkrete Zeitpläne für die fünf Schweizer Atommeiler hat sie aber nicht vorgelegt. Solange die Werke sicher seien, dürften sie am Netz bleiben, betont Energieministerin Doris Leuthard: „Die Initiative führt zu einer übereilten Abschaltung; die Energiestrategie des Bundesrates bringt eine bessere Lösung“, sagte Leuthard in der offiziellen Stellungnahme der Regierung. „Wir wollen einen geordneten Ausstieg aus der Atomkraft, um genügend

Zeit zu haben, um den Umstieg auf erneuerbare Energien zu fördern.“ Die fünf AKWs liefern fast 35 Prozent des Schweizer Stroms; dieser könnte nicht so rasch ersetzt werden. Zudem müsse für die Energiewende und eine dezentralisierte Stromproduktion auch das Stromnetz umgerüstet werden.

## Probleme bei zwei AKWs

Der Atomausstieg ist freilich bereits im Gang: Das Kernkraftwerk Mühleberg bei Bern wird 2019 abgeschaltet, wie die Betreiberfirma BKW beschlossen hat. Angesichts der tiefen Strompreise in Europa lohne sich eine aufwendige Nachrüstung des 1972 erbauten Werks nicht mehr. Und zwei weitere

AKWs stehen derzeit außerplanmäßig still: das Werk Leibstadt am Rhein wegen Problemen mit den Brennelementen sowie Beznau I, wo bei einer Inspektion Unregelmäßigkeiten im Reaktordruckbehälter entdeckt wurden.

Zwar verfügt die Schweiz auch ohne die Energie aus Leibstadt und Beznau I dank Importen aus dem Ausland über genügend Strom – das Argument eines Versorgungsgengusses sticht somit nicht –, dennoch wollen die Betreiber von Beznau I, dem ältesten AKW der Welt mit Baujahr 1969, wieder anfahren. Und auch Leibstadt, errichtet 1984, soll im Februar wieder ans Netz gehen.

Doch nicht einmal die AKW-Betreiber selbst glauben mittelfristig noch an eine Zukunft der Kernkraft in der Schweiz. Sie haben im Oktober gemeinsam bekanntgegeben, dass sie ihre Gesuche für neue Atomkraftwerke zurückziehen. Die bestehenden Werke aber wollen sie so lange wie möglich weiterlaufen lassen.

Die Atomkraftgegner aber – Grüne, Sozialdemokraten, Umweltschützer und Gewerkschaften – wollen rascher aussteigen. Ihr Ziel ist, in der Bundesverfassung festzuschreiben zu lassen, dass AKWs nach 45 Jahren Betriebszeit stillgelegt werden. Das würde bei einem Ja am Sonntag bereits 2017 Beznau I, Beznau II und Mühleberg betreffen. Auch sollen keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut werden dürfen.

Nur ein konkretes Abschaltdatum sorgt für den nötigen Druck beim Umbau der Energieversorgung, argumentieren sie. Statt auf die „alte“ Atomkraft zu setzen, müsste man stärker in erneuerbare Energien investieren. „Der Ausstiegsbeschluss hat in Deutschland bis heute 300.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die deutsche Regierung rechnet damit, dass bis 2020 weitere 200.000 dazu kommen“, sagt Beat Jans vom Anti-Atom-Initiativkomitee. Ähnliches sei auch für die Schweiz zu erwarten: Von einem raschen Atomausstieg würde laut Jans die ganze Wirtschaft profitieren.

# Die Europäische Union und die Kernfrage

Mitgliedsländer verfolgen verschiedene Strategien in Energiepolitik – Türkei hat schon länger AKW-Pläne

Julia Schilly

„Verrückt und unverantwortlich“, nannte die deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks Mitte Mai ein Strategiepapier der EU-Kommission. Klare Worte, denn während Deutschland alle Atomkraftwerke bis 2022 vom Netz nehmen will, denkt die EU-Kommission darin über Förderungen der Atomenergie nach. Die Kommission beschwichtigt schnell: Es ginge darum, die technologische Spitzenposition in der Atomenergie zu sichern. Denn Atomkraft deckt 27 Prozent des EU-Strombedarfs.

Die Debatte rund um die europäische Energiepolitik spitzte sich in den vergangenen Monaten zu. Nicht erst seit der Nuklearkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 verfolgen die Mitgliedsländer teilweise sehr konträre Richtungen. In der EU gibt es derzeit rund 130 Atomkraftwerke in 14 Mitgliedstaaten. Sie haben eine Kapazität von etwa 121 Gigawatt. Länder wie Deutschland, Belgien oder die Schweiz wollen aussteigen.

Polen plant hingegen erstmals den Bau von AKWs. Als Grund wird Klimaschutz genannt: Das Land stillt seinen Energiebedarf bislang großteils durch Kohlestrom.

Die Internationale Energieagentur in Paris unterstützt diese Linie: Sie hält die Verdopplung der globalen Atomkraftleistung bis zum Jahre 2050 für notwendig, um die bei der Klimakonferenz in Paris fixierten Ziele zu erreichen. „Der Glaube, dass Atomkraft das Klima retten wird, ist völlig absurd. Abgesehen von dem existenziellen Risiko dieser Technologie, verhindert Kernkraft nachweislich den Ausbau erneuerbarer Energie“, entgegnet Greenpeace-Klimasprecher Adam Pawloff.

## Einstieg und Neubau

Die Position des „Atomenergielands“ Frankreich ist schwammig. 2015 wurde zwar ein Energiewegegesetz beschlossen, das die Reduktion des Anteils von Atomstrom von 75 auf 50 Prozent bewirken soll, aber der staatliche Konzern Électricité de France will kaum Reaktoren herunterfahren.

In der Türkei gibt es seit den 1970er-Jahren Pläne für Kernkraftwerke. Aber erst Tayyip Erdogan hat Bauprojekte gestartet. „Ohne Atomkraft gibt es keine Entwicklung“, bekräftigte Energieminister Tamer Yildiz.

Und Großbritannien will das erste neue Atomkraftwerk seit zwei Jahrzehnten bauen, obwohl beste Voraussetzungen für die Ausweitung der Gewinnung erneuerbarer Energie durch Offshore-Windparks herrschen. So soll Hinkley Point C in Somerset errichtet werden. Österreich und andere Staaten haben bereits vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die von der EU-Kommission gebilligten staatlichen Beihilfen geklagt. Der Ausgang gilt als richtungweisend in der EU-Energiepolitik.

Auch andere AKW-Projekte in der EU sind unter anderem wegen milliardenschwerer Staatssubventionen umstritten. In der direkten Nachbarschaft Österreichs betrifft das Paks II. Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) hat diese Woche damit gedroht, dass Öster-

reich den EuGH anrufen könnte, wenn die EU-Kommission milliardenschwere Staatsbeihilfen für das ungarische Atomkraftwerk genehmigt. Die EU-Kommission hat erst vergangene Woche ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn wegen der Vergabe des 12,5 Milliarden schweren Auftrags zum Ausbau an einen russischen Staatskonzern eingestellt. Noch nicht entschieden ist das EU-Verfahren in puncto Staatsbeihilfen. Ungarn wolle die Angelegenheit bilateral regeln, hieß es am Donnerstag.

Die Atomindustrie läuft unterdessen Sturm gegen Ausstiegserklärungen: In Deutschland klagen etwa Eon, RWE und Vattenfall vor dem Bundesverfassungsgericht, ob der 2011 beschlossene Ausstieg grundsätzlich rechtmäßig ist. Eon fordert zudem wegen des zeitweisen Ausfalls der Stromproduktion mehr als 382 Millionen Euro Schadensersatz. Die sieben ältesten Meiler in Deutschland mussten nach Fukushima für drei Monate für Sicherheitstests vom Netz genommen werden.